



Trotz Grundgesetzänderung: Am Friedensgebot festhalten – Aufrüstung verhindern!

In dieser Woche haben der Bundestag und der Bundesrat jeweils mit Zweidrittelmehrheit dem Antrag der Bundesregierung zur Grundgesetzänderung mit dem Ziel der unbegrenzten (Ausnahme von der „Schuldenbremse“) Rüstungsfinanzierung zugestimmt. Dieser Vorgang ist in zweierlei Hinsicht beispiellos und skandalös. Zum einen erwirkt eine bereits abgewählte Regierung in den letzten Tagen ihrer Amtszeit einen tiefgreifenden Einschnitt in das Grundgesetz, um der Rüstungsfinanzierung eine Vorrangstellung gegenüber anderen staatlichen Finanzierungsaufgaben zu verschaffen. Zum anderen wird gerade zu einem Zeitpunkt, da sich neue Chancen auf eine diplomatische Verständigung im Ukrainekrieg ergeben, Aufrüstung als staatliches Langzeitprogramm festgeschrieben, statt Bemühungen zur friedlichen Konfliktlösung in den Vordergrund zu stellen.

Dieser Aufrüstungsfanatismus surft auf einer Woge der Angst, der Angst vor einem vermeintlichen russischen Eroberungsfeldzug. Diese Angst, genährt von alten, tiefsitzenden Feindbildern, ist unzugänglich für eine nüchterne Lagebetrachtung. Letztere würde zu Tage bringen, dass die NATO auch ohne die USA im nicht-nuklearen Bereich über eine zwei- bis dreifache Überlegenheit gegenüber den russischen Streitkräften verfügt, die zudem durch den Ukrainekrieg erheblich geschwächt sind. Sollten die genannten Summen tatsächlich für Rüstungsausgaben bereitgestellt werden, würde sich nicht nur der Rüstungswettlauf weiter beschleunigen, sondern es müssten bereits unterfinanzierte Bereiche wie Bildung, soziale Fördermaßnahmen, das Gesundheitswesen und die Integration von zugewanderten Menschen weiter gekürzt werden. Doch in welchem Umfang Gelder in die Rüstung fließen werden, hängt nicht nur von der neuen Bundesregierung, sondern auch von den Bürgern dieses Landes ab. Möglichkeiten, sich der Aufrüstung entgegenzustellen, gibt es viele, z.B. mit einer Beteiligung an dem bundesweiten Protesttag am 29. März in Wiesbaden gegen die beabsichtigte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen oder bei den Friedensaktionen zu Ostern. Aktuelle Informationen hierzu finden Sie auf unserer Homepage: <https://ippnw-trier.de/>

International Physicians for the Prevention of Nuclear War

Internationale Ärzte/innen für die Verhütung des Atomkrieges

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Klaus Fischer, Am Trimmelter Hof 179, 54296 Trier